

2023/1/5

Beschluss

Zukunft mit Ausbildung! Für die Fachkräfte von morgen.

Zukunft mit Ausbildung! Für die Fachkräfte von morgen.

Das duale System der Ausbildung in Deutschland ist ein Erfolgsmodell. Nicht zuletzt in der Finanz- und Wirtschaftskrise, die in erheblichen Teilen Europas zu massenhafter und teils nachhaltiger Jugendarbeitslosigkeit geführt hat, hat das duale Ausbildungssystem seine Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt und ist ein zentraler Faktor für die wirtschaftliche Stärke Deutschlands. Die duale Berufsausbildung bildet für viele junge Menschen die solide Basis für einen erfolgreichen Start ins Berufsleben und ist gleichzeitig ein wesentlicher Bestandteil für die Deckung des Bedarfs an Fachkräften. Wir bekennen uns klar zu diesem Modell und wollen es weiterführen und stärken. Zu einem starken System der dualen Ausbildung gehört auch eine starke Mitbestimmung. Jugend- und Auszubildendenvertretungen sind dafür eine wichtige Säule. Die Mitbestimmung auch von jungen Menschen und Auszubildenden wollen wir unterstützen und fördern.

Gute Lebens- und Arbeitsbedingungen: Nur mit starker Tarifbindung.

Bei der Tarifbindung müssen Bund, Länder und Kommunen als Arbeit- und Auftraggeber*in mit gutem Beispiel vorangehen. Staatliche Ausgaben dürfen nicht länger für Lohn- und Sozialdumping missbraucht werden. Daher setzt sich die SPD Rheinland-Pfalz für ein Bundestariftreugesetz ein, in dem Auftragsvergaben des Bundes entlang der Wertschöpfungskette an die Einhaltung der Mindeststandards der einschlägigen Tarifregelungen der betreffenden Branchen gekoppelt werden. Denn nur durch mehr Tarifbindung schaffen wir es langfristig, höhere Entgelte für Beschäftigte und höhere Vergütungen für Auszubildende dauerhaft zu sichern. Hier steht die SPD Rheinland-Pfalz klar an der Seite der Gewerkschaften und setzt sich durch die beschriebenen Maßnahmen dafür ein, die **Tarifbindung zu erhöhen**.

Für gute Ausbildungsbedingungen ist eine faire Ausbildungsvergütung maßgeblich. Nur so können sich Auszubildende voll auf ihre Ausbildung konzentrieren, ohne sich Gedanken über anderweitige Finanzierungsfragen machen zu müssen. Die Coronapandemie, die Energiekrise, die hohe Inflation: All das hat in den letzten Jahren eine gestiegene finanzielle Belastung für viele Bürger*innen mit sich gebracht. Steigende Kosten belasten immer vor allem diejenigen Bürgerinnen und Bürger mit geringen Einkommen. Dazu zählen auch Auszubildende, die lediglich die gesetzliche Mindestausbildungsvergütung erhalten. Nur durch die **Stärkung der Ta-**

rifbindung können wir bestehende Mindeststandards, wie die Mindestausbildungsvergütung erhöhen und bessere Tarifabschlüsse ermöglichen.

Übernahme mit sicherer Perspektive

Zur Sicherung qualifizierter und motivierter Fachkräfte ist die Übernahme von Auszubildenden ein wichtiges Mittel - denn mit einer langfristigen Perspektive erhalten junge Menschen das Signal, dass sie eine gesicherte und chancenreiche Zukunft haben.

Die SPD Rheinland-Pfalz unterstützt die Tarifvertragsparteien daher darin, Regelungen zu treffen, in denen Auszubildende, die übernommen werden, im Regelfall einen **unbefristeten Arbeitsvertrag** erhalten. Eine befristete Übernahme sollte immer nur dann erfolgen, wenn dies aus betrieblichen oder persönlichen Gründen sinnvoll ist. Schon heute werden viele Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz ihrer Verantwortung gegenüber künftigen Generationen gerecht und bilden über ihren eigenen Bedarf aus – sie wollen wir weiterhin unterstützen. Gleichzeitig appelliert die SPD Rheinland-Pfalz an die in Rheinland-Pfalz ansässigen Unternehmen, dass diese auch zukünftig verantwortungsvoll ausbilden, um so einen **solidarischen Beitrag zur Fachkräftesicherung** zu leisten.

Rückenwind für gute Ausbildung geht nur gemeinsam. Eine runde Sache: Der ovale Tisch.

Rheinland-Pfalz ist Land des guten Dialogs. Auch beim Thema Ausbildung trägt dies. Der „Ovale Tisch“ der Ministerpräsidentin bringt regelmäßig alle Akteure des Arbeitsmarktes zusammen und erreicht immer wieder verbindliche Verabredungen zur zukünftigen Fachkräfteentwicklung im Land. So ist inzwischen die dritte **Fachkräftestrategie** aufgelegt, die branchenübergreifend ausgerichtet ist und Ziele und Vorhaben formuliert, die den Herausforderungen einer sich transformierenden Arbeits- und Ausbildungswelt gerecht werden. Die Digitalisierung, der Umbau in Richtung des klimaneutralen Wirtschaftens, der demografische Wandel und die Erschließung wirtschaftlicher Zukunftsfelder sind dabei maßgebliche Faktoren und stellen als Querschnittsthemen sowohl Hintergrund als auch dynamisches Umfeld dar, in dem die Strategie ihre Wirkung entfalten wird.

Rheinland-Pfalz ist gut aufgestellt, was arbeitsmarktpolitische Initiativen, die Sicherung von Ausbildung und den Übergang von Schule zum Beruf angeht.

Es existieren eine Reihe von **arbeitsmarktpolitischen Initiativen**, die die Transformation der Arbeitswelt begleiten und dabei Personengruppen mit besonderem Unterstützungsbedarf unterstützen, Beschäftigung und berufliche Weiterbildung fördern.

Der **Europäische Sozialfonds** leistet dazu einen besonderen Beitrag. In Rheinland-Pfalz stehen in der Förderperiode 2021-1 2027 insgesamt 120,5 Millionen Euro aus Mitteln des ESF+ zur Verfügung, um die Transformation der Arbeitswelt zu gestalten und lebenslanges Lernen zu fördern, Jugendliche beim Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf zu unterstützen und die Beschäftigungsfähigkeit von am Arbeitsmarkt benachteiligten Menschen zu erhöhen.

Im Bereich **Ausbildung und Übergang von der Schule in den Beruf** sind insbesondere zu nennen:

- die **Jugendberufsagenturen und JBA+**, die **Jobfüxe**, der ESF+-Förderansatz **„JobAction“** sowie die Ansätze zur **Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen**, nebst weiteren Maßnahmen wie **Coachs für betriebliche Ausbildung**, der **Ausbildungsberatung von Jugendlichen mit Migrations - oder Fluchtbiografie** dem Projekt der rheinland-pfälzischen Handwerkskammern **„Gemeinsam für Ausbildung“**, der **Förderung der Einstellung von Azubis aus Insolvenzbetrieben** sowie der **Förderung der grenzüberschreitenden Ausbildung**.

Allerdings verschließen wir auch die Augen vor den Herausforderungen nicht. In den jährlich erscheinenden Ausbildungsreports des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist leider ersichtlich, dass zu viele Auszubildende in Deutschland nicht in ausreichendem Maße über ihre Rechte und Pflichten aufgeklärt sind oder sogar um ihre Rechte gebracht werden. Hier kommt insbesondere einer starken Mitbestimmung und Interessenvertretung - allen voran durch die Jugend- und Auszubildendenvertretungen und die Betriebsräte, die Schwerbehindertenvertretungen und die zuständigen Gewerkschaften – eine große Bedeutung zu. Darüber hinaus möchten wir als SPD Rheinland-Pfalz anregen, den Sozialpartnern – Gewerkschaften und Arbeitgebern - **einen verbesserten und vereinfachten Zugang zu den Berufsbildenden Schulen** zu ermöglichen – auch mit dem Ziel Auszubildende für die beschriebenen Thematiken zu sensibilisieren und darüber aufzuklären.

Gut ausgebildete Fachkräfte tragen wesentlich zur Innovationskraft und Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft in Rheinland-Pfalz und Deutschland bei. Dies gilt ganz besonders angesichts des technologischen und wirtschaftlichen Strukturwandels sowie der demografischen Entwicklung. Die Sicherung der Ausbildung und Qualifizierung von Fachkräften ist daher eine der zentralen Herausforderungen für Politik und Wirtschaft.

Das Instrument eines solidarischen, umlagefinanzierten Ausbildungsfonds kann geeignet sein, diese Ziele zu erreichen. Aus unserem Anspruch heraus, überall für gleich gute Lebensverhältnisse zu kämpfen, resultiert unsere Anspruchshaltung an den Bund hinsichtlich einer entsprechenden Prüfung zu entscheiden. Hierbei muss auch beleuchtet werden, ob es im Rahmen branchenspezifischer Pilotprojekte in der Praxis erprobt und etabliert werden kann. Als rheinland-pfälzische SPD wollen wir dieses Thema auch bei uns weiter beleuchten und uns hierzu in einer eigens dafür einzurichtenden Arbeitsgruppe mit der Thematik befassen und dabei mit Sozialpartnern, Wissenschaft, Verbänden über die rechtlichen, ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen austauschen.

Unser Ausbildungssystem: Erfolgreich und durchlässig.

Das durchlässige und aufstiegsorientierte System der Berufsbildenden Schulen ist seit Jahren ein Erfolgsmodell in Rheinland-Pfalz. Für die Schülerinnen und Schüler bieten sich so zahlreiche Möglichkeiten die Fachhauptschulreife (das „Fachabitur“) zu erreichen. Schülerinnen und Schüler

können damit einerseits einen Berufsabschluss und das Fachabitur zu erreichen – eine doppelte Qualifikation. An der Berufsschule II ist es dazu möglich, nach einem Jahr Vollzeit auch das Abitur und damit die allgemeine Hochschulreife zu erlangen.

Dieses rheinland-pfälzische Modell läuft in anderen Ländern und dem Begriff „Berufsabitur“. Wir gehen im Land dabei über die Umsetzung anderer Länder hinaus und sind somit Vorreiter. Dieses Modell wollen wir stetig weiterentwickeln.

Mental Health Matters! Angebote zur psychologischen Beratung für junge Menschen in der Phase der beruflichen Orientierung

Die mentale Gesundheit ist ein Thema, welches leider zu lange als gesellschaftliches Tabu galt. Für uns als SPD Rheinland-Pfalz ist jedoch klar, dass diese Zeiten vorbei sein müssen. Die Zeit zwischen Schulabschluss und dem Beginn der Ausbildung, des dualen Studiums, des Vollzeitstudiums an Hochschule oder Universität ist eine richtungsentscheidende Zeit und eine Zeit großer Umbrüche im Leben junger Menschen.

Daher ist die Stärkung von psychologischen Beratungsangeboten für junge Menschen von entscheidender Bedeutung, um ihnen einen guten Start zu ermöglichen.